

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Warum weist der Innensenator Messerstraftaten noch immer nicht in der PKS aus?

Die Sicherheit und subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven haben für die CDU-Bürgerschaftsfraktion oberste Priorität. In den letzten Jahren hat die öffentliche Diskussion über Gewaltkriminalität, insbesondere über Straftaten unter Verwendung des Tatmittels Messer, an Intensität zugenommen. Diese Diskussion wird sowohl in den Medien als auch in der Gesellschaft breit geführt und lässt berechnigte Fragen über die Ursachen, Entwicklungen und Gegenmaßnahmen aufkommen.

Statistiken und Berichte aus anderen Bundesländern zeigen eine besorgniserregende Entwicklung: Die Zahl der Messerangriffe steigt in vielen Regionen. Dieser Trend ist auch in Bremen und Bremerhaven zu beobachten. Eine detaillierte Erfassung und Auswertung der Messerstraftaten gibt es in Bremen bislang jedoch nicht. Bereits 2020 hatte die Bremer CDU-Fraktion einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der forderte, dass Messerstraftaten in der PKS gesondert ausgewiesen werden. Dieser wurde damals abgelehnt mit dem Verweis, dass dies schon zeitnah erfolgen solle. Vier Jahre später sind wir keinen Schritt weiter, die Messerstraftaten werden im Land Bremen noch immer nicht in der Polizeilichen Kriminalstatistik ausgewiesen.

Nur durch präzise und transparente Informationen kann die Polizei ihre Strategien und Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung solcher Straftaten effektiv anpassen. Zudem ist es notwendig, die Präventionsarbeit zu stärken und insbesondere auch auf die Ursachen und Hintergründe der Messergewalt einzugehen. Präventionsprogramme in Schulen, Jugendzentren und sozialen Brennpunkten sind von großer Bedeutung, um bereits frühzeitig einer möglichen Gewaltkarriere entgegenzuwirken.

Die in der Gesellschaft existierenden Ängste und Unsicherheiten sind nachvollziehbar. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, die sozialen und kulturellen Faktoren zu betrachten, die zu einem Anstieg der Messerkriminalität beitragen könnten. Nur durch ein ganzheitliches Verständnis der Problematik können nachhaltige Lösungsansätze entwickelt werden.

Wir sehen es als unsere Pflicht an, in dieser Angelegenheit größtmögliche Transparenz zu schaffen und die Bevölkerung umfassend zu informieren. Die folgenden Fragen sollen dazu beitragen, ein klareres Bild der aktuellen Situation zu zeichnen und notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in Bremen und Bremerhaven zu identifizieren und zu ergreifen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie hat sich die Zahl der Messerstraftaten in den letzten fünf Jahren in Bremen und Bremerhaven entwickelt (bitte nach Jahren und Deliktsart aufschlüsseln)?

2. In wie vielen Fällen kam es in den letzten fünf Jahren jeweils zu Verletzungen oder Todesfällen im Land Bremen mittels Tatwerkzeug Messer?
3. Welche demografischen Merkmale (Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit) wiesen die Tatverdächtigen der oben abgefragten Taten in den Jahren jeweils auf?
4. Welche Rolle spielen soziale und kulturelle Faktoren nach Ansicht des Senats bei der etwaigen Zunahme von Messerstraftaten?
5. Welche demografischen Merkmale (Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit) wiesen die Opfer der oben abgefragten Taten in den Jahren jeweils auf?
6. Gibt es besondere Hotspots in Bremen und Bremerhaven, in denen Messerstraftaten besonders häufig vorkommen?
 - a) Wenn ja, welche sind das?
 - b) Welche Maßnahmen wurden dort speziell ergriffen?
7. Welche präventiven Maßnahmen wurden in den letzten Jahren konkret ergriffen, um Messerstraftaten im Land Bremen zu reduzieren?
 - a) Welche Maßnahmen plant der Senat, um die Zahl der Messerstraftaten in Zukunft zu reduzieren?
 - b) In welcher Form wird die Bremer Bevölkerung über entsprechende Präventionsmaßnahmen informiert?
8. Inwiefern arbeitet die Polizei mit Schulen, sozialen Einrichtungen, Flüchtlingsunterkünften und Jugendzentren zusammen, um Präventionsarbeit zu leisten?
9. Inwiefern wird die Bevölkerung über Messerstraftaten im Land Bremen regelhaft informiert?
10. Aus welchem Grund werden entgegen der Vereinbarung auf der Innenministerkonferenz 2018 und der ständigen Ankündigung des Innensenators weiterhin im Land Bremen in die Messerstraftaten in der Detailinformation der PKS nicht ausgewiesen?

Beschlussempfehlung:

Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Christine Schnittker, Frank Imhoff und Fraktion der CDU